

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/035(VI)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 15.03.2019	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:15Uhr

Leitung:
Teilnehmer:

Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 8 Genehmigung der Niederschrift vom 18. 01. 2019 - öffentlicher Teil
- 9 Anträge
 - 9.1 Konzept "Übertragung der Stadtratssitzungen verbessern" erstellen A0170/18
SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE/future!, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 9.1.1 Konzept "Übertragung der Stadtratssitzungen verbessern" erstellen S0060/19
BE: Oberbürgermeister
 - 9.2 Haushaltssplan 2019 - Videoüberwachung „Moritzplatz“ DS0424/18/39
Fraktion CDU/FDP/BfM SR Salzborn
 - 9.2.1 Haushaltssplan 2019 - Videoüberwachung „Moritzplatz“ S0005/19
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung

9.3	Nutzungskonzept - Albinmüller Turm Kulturausschuss	A0138/18
9.3.1	Nutzungskonzept - Albinmüller Turm BE: Bürgermeister	S0009/19
9.3.2	Nutzungskonzept - Albinmüller Turm Kulturausschuss	A0138/18/1
9.4	Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Stadtrat Theile	A0140/18
9.4.1	Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	S0346/18
9.5	Prüfung der Optimierung der Raumsituation im gemeinsam genutzten Gebäude: Volksbad Buckau Kulturausschuss	A0019/19
9.5.1	Prüfung der Optimierung der Raumsituation im gemeinsam genutzten Gebäude: Volksbad Buckau Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	S0073/19
9.6	Planungen der Deutschen Bahn für den Kölner Platz Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Stern	A0157/18
9.6.1	Planungen der Deutschen Bahn für den Kölner Platz BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	S0037/19
9.7	Künstlerische Gestaltung der Nord- und Ostseite des Alten Rathauses Fraktion CDU/FDP/BfM	A0004/19
9.7.1	Künstlerische Gestaltung der Nord- und Ostseite des Alten Rathauses BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	S0062/19
9.8	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Fraktion CDU/FDP/BfM	A0005/19
9.8.1	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	S0065/19
9.9	Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0002/19
9.9.1	Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark Fraktion CDU/FDP/BfM	A0002/19/1

9.9.2	Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	S0049/19
10	Informationen	
10.1	Berichterstattung über den Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2019 - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	I0027/19
10.2	Tag der Offenen Rathäustür BE: Oberbürgermeister	I0299/18
11	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

bis 16.00 Uhr

Reinhard Stern

Andreas Schumann

i.V.f. SR Schwenke ab 16.00 Uhr

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

Öffentliche Sitzung

8. Genehmigung der Niederschrift vom 18. 01. 2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 15. 01. 2019 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses genehmigt.

9. Anträge

9.1. Konzept "Übertragung der Stadtratssitzungen verbessern" erstellen Vorlage: A0170/18

Erläuternd zum Antrag schätzt Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, ein, dass hinsichtlich der Videoqualität das Format der Übertragung nicht auf dem neuesten Stand der Technik sei. Entscheidender sei jedoch, dass für die bessere Handhabbarkeit der Videos entsprechende Marker gesetzt werden.

Er legt seine Auffassung dar, persönlich nicht für eine Übertragung aller Ausschüsse im Internet zu sein.

Bezug nehmend auf die Regelungen zum Datenschutz hinterfragt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, die Verfahrensweise, wenn ein Mitglied des Stadtrates einer Aufnahme nicht zustimmt.

In diesem Fall, führt der Oberbürgermeister aus, erfolge keine Aufnahme der betreffenden Person.

Zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, eine Abstimmung zum Antrag bis zur Konzept- und Kostenübersichtvorlage zu vertagen, argumentiert Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion für eine Beschlussfassung im Stadtrat.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass, wenn im Ergebnis der Kostenermittlung eine Summe von 100 TEUR festgestellt wird, neue Überlegungen angestellt werden müssen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0170/18 in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 zu beschließen.

9.1.1. Konzept "Übertragung der Stadtratssitzungen verbessern"
erstellen
Vorlage: S0060/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2. Haushaltsplan 2019 - Videoüberwachung „Moritzplatz“
Vorlage: DS0424/18/39

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Herr Platz führt erläuternd aus, dass im Ergebnis von geführten Gesprächen mit der Polizei von dieser keine Notwendigkeit für eine Videoüberwachung gesehen wird, da an diesem Ort keine Straftatbestände festzustellen sind, die eine solche Maßnahme rechtfertigen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0424/18/39 der Fraktion CDU/FDP/BfM (Stadtrat Salzborn) in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 nicht zu beschließen.

9.2.1. Haushaltsplan 2019 - Videoüberwachung „Moritzplatz“
Vorlage: S0005/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.3. Nutzungskonzept - Albinmüller Turm
Vorlage: A0138/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0138/18/1 des Kulturausschusses vor.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert zum vorliegenden Änderungsantrag, dass auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung vier Punkte auf den Weg gebracht werden, die eine aufwertende Nutzung des Albinmüller-Turmes voranbringen sollen und macht weiter erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0138/18.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag finanzielle Auswirkungen beinhaltet, welche, nach entsprechender Stellungnahme der Verwaltung, im Ausschuss FG beraten werden sollten. Er bittet darum, den Änderungsantrag in das entsprechende Gremium zu überweisen.

Hinsichtlich der beantragten Terminstellung Ende August merkt der Oberbürgermeister kritisch an, dass diese nicht realisierbar sei, wenn ein vernünftiges Konzept erarbeitet werden soll.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, äußert, mit einer Terminverlängerung leben zu können und die Aussage des Oberbürgermeisters zur Kenntnis zu nehmen.

Der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle, geht auf die Tafelausstellung „Reformstadt der Moderne“, welche bereits in Brüssel gezeigt wurde, ein und informiert, dass in ca. 14 Tagen die erforderliche Duldungsgenehmigung erteilt werden soll und die Ausstellung ab Ostern zu sehen sein wird und bis zum Jahresende dauert. Insbesondere verweist er darauf, dass für die Ausstellung finanzielle Mittel des Landes bereitgestellt werden. Er legt dar, sich vorstellen zu können, dass mit Erarbeitung des Nutzungskonzeptes die Ausstellung auch über diesen Termin hinaus bleibt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, nicht gegen eine attraktivere Gestaltung des Turmes zu sein. Kritisch sieht er jedoch die Einrichtung eines Turmcafes mit nur wenigen Plätzen, da es bereits in der Umgebung ausreichend Cafes gibt. Zudem sei die Betreibung eines solchen Cafes nicht wirtschaftlich und müsste durch die Stadt mitfinanziert werden. Für die Abstimmung zum Antrag und zum Änderungsantrag kündigt er seine Enthaltung an.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass in Zusammenarbeit zwischen dem Eigenbetrieb KGM und der MVGM zunächst ein Grobkonzept erarbeitet werden soll, mit Terminsetzung bis Ende des Jahres.

Stadtrat Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, verweist auf die Frage der Fluchtwege und die somit erforderliche konzeptionelle Überarbeitung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, sieht mit dem vorliegenden Änderungsantrag die Möglichkeit, die Problematik der Nutzung des Turmes einer pragmatischen Lösung zuzuführen. Er äußert, der Auffassung des Bürgermeisters nur ungern zu widersprechen, jedoch werden von ihm die erforderlichen Kosten als überschaubar angesehen. Mit den benannten vier Punkten sieht er eine schrittweise Lösung und spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, sich bei einer Abstimmung ebenfalls enthalten zu wollen. Begründend legt er dar, dass mit dem Änderungsantrag die nicht zu erfüllende Hoffnung geweckt werde, dass ein Veranstaltungsraum oder ein Cafe eingerichtet wird. Dies würde er ungern beschließen wollen, ggf. erfolgt zum Stadtrat die Einbringung eines entsprechenden weiteren Änderungsantrages.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag A0138/18/1 des Kulturausschusses mit Hinweis auf die o.g. terminliche Änderung (die Formulierung bis Ende August wird ersetzt durch bis **Ende des Jahres**) zur Abstimmung:

Hinweis: Die terminliche Änderung wird als Änderungsantrag A0138/18/1/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung der terminlichen Änderung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0138/18/1 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den so geänderten Antrag A0138/18 des Kulturausschusses zur Kenntnis.

9.3.1. **Nutzungskonzept - Albinmüller Turm**
Vorlage: S0009/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.4. **Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen**
Vorlage: A0140/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Abt.Leiterin im Dezernat III Frau Marxmeier teil.

Stadtrat Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, stellt fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung einige positive Vorschläge enthält. Er spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag und für die Auslösung entsprechender Arbeitsaufträge aus.

Frau Marxmeier führt erläuternd aus, dass die Stadt Magdeburg das gemeinsame Gewerbegebiet mit der Gemeinde Sülzetal behalten wolle und die Erschließung des Bereiches Eulenberg prüft. Insbesondere merkt sie an, dass Schwerpunkt die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Sülzetal sei, um das gemeinsame Gewerbegebiet, auch unter dem Aspekt der Gewerbesteuereinnahmen, weiter zu betreiben.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, äußert seine ablehnende Haltung zum vorliegenden Antrag und begründet dies mit den bereits stattfindenden Maßnahmen bzgl. der Gebiete Sülzegrund und Eulenberg. Eingehend auf Punkt 2 des Antrages sieht er diesen als nicht sinnvoll an und führt aus, dass dieser nicht beschlossen werden kann.

Ebenfalls äußert er, strikt gegen die Gesprächsaufnahme mit der Gemeinde Barleben zu sein und verweist begründend auf die rechtlichen Auseinandersetzungen mit dem Magdeburger Zoo.

Klarstellend informiert der Oberbürgermeister, dass mittlerweile die Gemeinde Barleben wieder vermehrte Gewerbesteuereinnahmen verzeichnet. Das Klageverfahren bzgl. der finanziellen Zuwendungen für den Zoo wurde durch die Stadt Magdeburg gewonnen und die Gemeinde Barleben hat den Zuschuss in Höhe von 300 TEUR gezahlt.

Zur Thematik Erschließung Eulenberg verweist der Oberbürgermeister kritisch auf die Regelungen des Landes hinsichtlich eines 90%igen Ausgleichs bei Steuereinnahmen. Als Beispiel benennt er, dass bei Steuereinnahmen in Höhe von 20 Mio Euro auf Grund dieser Regelung 18 Mio Euro an die Stadt Halle abgeführt würden. Er verweist ebenfalls darauf, dass die Erschließung des Gebietes Eulenberg ca. 50 – 60 Mio Euro kosten wird. Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass hier genaue Überlegungen angestellt werden müssen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schließt sich zum Gebiet Eulenberg der Auffassung des Oberbürgermeisters an. Er macht darauf aufmerksam, dass Großansiedlungen gewollt sind. Erfolgt eine Parzellierung des Gewerbegebietes, dann ist es wie jedes andere Gewerbegebiet.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, führt aus, dass die Thematik gewerbliche Ansiedlung ständig im Ausschuss WTR aufgerufen wird und die Verwaltung auf diesem Gebiet tätig ist. Für kleinere Ansiedlung sieht er, dass hier noch Kapazitäten übrig sind. Wichtig ist für ihn, dass hinsichtlich der Ansiedlung von Investoren eine Nord-Süd-Trasse das Gebiet nicht zerschneidet.

Der Oberbürgermeister gibt nochmals zu bedenken, dass bei Ansiedlungen genau geprüft werden muss, um was für eine Ansiedlung es sich handelt. Letztendlich muss diese wirtschaftlich etwas für die Stadt einbringen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass Logistikunternehmen möglicherweise zwar viele Arbeitsplätze schaffen, jedoch nicht die großen Steuererträge erzielen. Er sieht es als wichtig an, dass kleinen Unternehmen, die sich in Magdeburg gegründet haben, die Möglichkeit gegeben wird, Gewerbeplätze zu bekommen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0140/19 in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 nicht zu beschließen.

9.4.1. Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen
 Vorlage: S0346/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.5. Prüfung der Optimierung der Raumsituation im gemeinsam genutzten Gebäude: Volksbad Buckau
 Vorlage: A0019/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle teil.

Der Beigeordnete Herr Prof. Dr. Puhle macht erläuternde Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Insbesondere geht er dabei auf den Bestand aus Georgien zurückgeführten Büchern ein und verdeutlicht, dass dessen Restaurierung bzw. Auswahl zur Makulierung ein relativ umfangreiches Projekt sei, für welches ein Zeitbedarf bis 2023 eingeschätzt wird. Er kündigt an, dass nach Vorliegen des erforderlichen finanziellen Konzeptes hierfür die entsprechende Beschlussvorlage eingebracht wird. Die benötigten Mittel sind in den Haushalt 2020 einzustellen, um das Projekt bis 2023 umsetzen zu können. Insbesondere verweist er darauf, dass dieses Projekt der Grund dafür sei, dass keine anderen Räume zur Verfügung gestellt werden können.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, geht umfassend auf die Genese des Antrages ein und führt aus, dass sich der Kulturausschuss überrascht über die Stellungnahme der Verwaltung gezeigt habe. Klarstellend legt er dar, dass es darum ging, Räume optimal zu nutzen. Bislang werden zwei Etagen aber nur als Lagerräume genutzt. Im Weiteren informiert er, dass in der letzten Sitzung des Kultur-Ausschusses eine Präsentation seitens des Kulturhauptstadtbewerbungsbüros erfolgte. Dabei stellte sich heraus, dass das Soziokulturelle Zentrum einen großen Zuspruch erfahren habe. Genau da setze der vorliegende Antrag an.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, sieht das Hauptproblem darin, dass keine Nutzung von bestimmten Räumen erfolgt, da hier ggf. Maßnahmen zum Gesundheitsschutz erforderlich sind. Als ersten Schritt sieht er zu prüfen, ob von den kontaminierten Büchern eine gesundheitliche Gefahr ausgeht. Ebenso müsse untersucht werden, wie der weitere Umgang mit den Büchern sein soll.

Für Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, macht es wenig Sinn, die Bücher von einem Ort zum anderen zu transportieren. Sinnvoller ist es, wenn das Projekt zum Umgang mit den rückgeführten Büchern an Ort und Stelle durchgeführt werden kann. Erst nach Abschluss der erforderlichen Maßnahmen könne geprüft werden, was mit den Räumen gemacht werden kann. Er signalisiert seine Ablehnung zum vorliegenden Antrag.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka stellt klar, dass sich die angefragte Raumnutzung lediglich auf einen Raum, und zwar den Lesesaal bezieht. Mit dem Hinweis, dass es sich bei dem Volksbad Buckau um ein öffentlich genutztes Gebäude handelt unterstreicht sie das Erfordernis den gesundheitlichen Aspekt zu prüfen, welche Auswirkungen sich hier ergeben. Im Weiteren legt sie ihre Vorstellung dar, eine Zwischennutzung vorzunehmen. Ebenso sollte dargelegt werden, welcher Raumbedarf tatsächlich besteht.

Als Beispiel das Objekt „Kutscherhaus“ benennend, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass noch viele andere Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht wurden. Hier sollte zunächst deren Umsetzung erfolgen.

Der Beigeordnete Herr Prof. Dr. Puhle geht auf die Ausführungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, ein. Er informiert, dass der Lesesaal für die Sortierung und leichte Restaurierungsarbeiten benötigt werde. Dabei warnt er davor, die vorhandenen Bücher umzulagern, da diese kontaminiert sind. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass nach Beendigung des Projektes der dann bestehende Bücherbestand in die Zentralbibliothek überführt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, äußert die Vermutung, dass viele nicht wissen, wie sich die Räumlichkeiten zusammensetzen. Er schlägt vor, möglicherweise eine Vor-Ort-Besichtigung vorzunehmen. Hinsichtlich des gesundheitlichen Aspektes verweist er auf ein bestehendes Gesundheitsgutachten und legt dar, gemeinsam mit der Leiterin der Stadtbibliothek eine Besichtigung des Gebäudes vorgenommen zu haben.

Er schätzt ein, dass sich der Zustand des Gebäudes nicht als so toxisch darstellt. Der festgestellte Schimmelbefall bezieht sich nur auf das Dachgeschoss.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigt Verständnis für die Idee des Antrages. Nicht umsetzbar sei für ihn jedoch, die Bücher einfach zu entsorgen. Dabei könne aber nur, wie von der Verwaltung vorgetragen wurde, vorgegangen werden. Unter diesem Aspekt könne er dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, teilt nicht die Auffassung, dass eine Vor-Ort-Besichtigung erforderlich sei. Er äußert die Bitte, eine Skizze zur Aufteilung der Räumlichkeiten zu erhalten.

Im Weiteren legt er seine Auffassung dar, dass, wenn tatsächlich ein so großer Bedarf besteht, teilweise Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Er bittet zu prüfen, ob alle Räume auf Dauer gebraucht werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0019/19 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 16. 05. 2019 nicht zu beschließen.

9.5.1. Prüfung der Optimierung der Raumsituation im gemeinsam genutzten Gebäude: Volksbad Buckau
 Vorlage: S0073/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.6. Planungen der Deutschen Bahn für den Kölner Platz
 Vorlage: A0157/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 62 Herr Neumann teil.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert seine Unzufriedenheit mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung, da diese nicht in Gänze auf den eingebrachten Antrag eingegangen ist.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass die Stadt nicht Eigentümerin des Kölner Platzes sei, sondern die Deutsche Bahn AG. Diese habe für die Gestaltung des Platzes einen Planer beauftragt. Die Planungen sollen zwar den Vorstellungen der Stadt angepasst werden, eine große Einflussnahme wird jedoch nicht möglich sein. Insbesondere merkt er an, dass die Planungen noch nicht bekannt sind.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass es möglich sein muss, in Gesprächen die Vorstellungen der Stadt zu äußern.

Hierzu macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass es Zielstellung ist, einen attraktiven Platz zu gestalten. Die Stadt könne dabei aber nicht vorgeben, was gemacht werden soll.

Von Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, wird es als gut angesehen, dass noch vor der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 dargestellt werden könnte, welche Planungen für den Kölner Platz vorgesehen sind.

Die Nachfrage des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, hinsichtlich einer bestehenden Planungshoheit der Bahn an dieser Stelle wird seitens des Oberbürgermeisters eindeutig bejaht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0157/19 des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 zu beschließen.

9.6.1. Planungen der Deutschen Bahn für den Kölner Platz
 Vorlage: S0037/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.7. Künstlerische Gestaltung der Nord- und Ostseite des Alten Rathauses
 Vorlage: A0004/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 62 Herr Neumann teil.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert seine Unzufriedenheit mit der Stellungnahme der Verwaltung. Klarstellend führt er aus, dass es Anliegen des Antrages sei, eine stadtgeschichtliche Darstellung vorzunehmen. Dies könne mit der farblichen Gestaltung einhergehen, sollte aber bei der Planung mit berücksichtigt werden.

Der Oberbürgermeister macht darauf, dass es kulturhistorische Darstellungen, wie z.B. die Zerstörung der Stadt im 30jährigen Krieg, noch nie am Rathaus gegeben hat. Der Antrag gehe in eine andere Richtung, als nur die farbliche Gestaltung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung zum Antrag enthalten wird. Er spricht sich gegen eine kulturhistorische Gestaltung aus und informiert über das Gesprächsergebnis im Ausschuss StBV, dass die Rathausgestaltung in die Auslobung des Wettbewerbes zur Gestaltung des Alten Marktes aufgenommen werden soll. Ggf. werde ein entsprechender Änderungsantrag seiner Fraktion im Stadtrat vorgelegt.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterbreitet den Vorschlag, dem Antrag zuzustimmen und diesen nach Beschlussfassung in das Konzept zur Gestaltung Alter Markt einfließen zu lassen.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass der Antrag eindeutig den Oberbürgermeister beauftragt, diese Maßnahme umzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0004/19 der Fraktion CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 11. 04. 2019 zu beschließen.

In diesem Zusammenhang verweist der Oberbürgermeister darauf, dass der vorliegende Antrag im fachlich zuständigen Ausschuss StBV behandelt wurde. Um Dopplungen in der Ausschussberatung zu vermeiden, äußert er gegenüber dem anwesenden Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Schumann die Bitte, bei Überweisungsanträgen zu Anträgen zuvor zu prüfen, welche Fachausschüsse hierfür tatsächlich zuständig sind.

-
- 9.7.1. Künstlerische Gestaltung der Nord- und Ostseite des Alten Rathauses
Vorlage: S0062/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

-
- 9.8. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen
Vorlage: A0005/19

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert als Vorsitzender des Ausschusses StBV, dass dieser die Beratung des vorliegenden Antrages zurückgestellt hat, bis eine entsprechende Zuarbeit des Tiefbauamtes vorgelegt wird.

Der Antrag wird zurückgestellt.

-
- 9.8.1. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen
Vorlage: S0065/19

zurückgestellt

-
- 9.9. Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark
Vorlage: A0002/19
- 9.9.1. Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark
Vorlage: A0002/19/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 62 Herr Neumann teil.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, macht erläuternde Ausführungen zum vorliegenden Änderungsantrag und spricht sich dafür aus, erst einmal das, was vom Denkmal noch vorhanden ist, zu sanieren. Er verweist darauf, dass bereits seit Jahrzehnten die Diskussion hinsichtlich der ursprünglichen Form geführt wird.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag A0002/19/1 zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0002/19/1 des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, in seiner Sitzung am 16. 05. 2019 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den so geänderten Antrag A0002/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis.

9.9.2. Borussia-Denkmal im Herrenkrugpark
Vorlage: S0049/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Informationen

10.1. Berichterstattung über den Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2019 -
Vorlage: I0027/19

Der Oberbürgermeister informiert, dass am 20. 03. 2019 zum Vergabenachprüfungsverfahren die Verkündung des Urteils des Oberlandesgerichtes Düsseldorf erfolgt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

10.2. Tag der Offenen Rathäustür
Vorlage: I0299/18

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage auf, ob die vorgeschlagene zeitliche Trennung bereits ab diesem Jahr gilt und was dies konkret bedeute. Er führt aus, dass sich in seiner Fraktion eine Mehrheit abzeichnet, den 03. 10. als Veranstaltungstag beizubehalten.

Beantwortend gibt der Oberbürgermeister den Hinweis, dass nunmehr ein entsprechender Antrag eingebracht werden müsste. Um das Verfahren jedoch abzukürzen unterbreitet er den Vorschlag, durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage dahingehend zu erarbeiten, wie in der Information dargelegt, zu verfahren.

Seitens der Mitglieder des Verwaltungsausschusses gibt es keine gegenteilige Auffassung zu diesem Vorschlag.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

11.1. Barleber See

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, hinterfragt die derzeitige Situation zur Sanierung des Barleber Sees. Er verweist auf eine getroffene Aussage, dass sich die Sanierung verzögere, da diese europaweit ausgeschrieben werden muss.

Kritisch merkt er an, dass es bisher keine offizielle Information zu dieser Problematik gibt.

Beantwortend stellt der Oberbürgermeister klar, dass es einen Fördermittelbescheid für die Maßnahme gab. Im Mai wird mit der Maßnahme begonnen und die Fällung wird sich bis August hinziehen. Insbesondere verweist er aber darauf, dass es kein Badeverbot geben wird.

Mit dem Hinweis darauf, dass Baden im See abhängig von der Wasserqualität ist, informiert Stadtrat Zander über Hinweise von Campern, dass der See bereits jetzt schon wieder gekippt sein soll.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Problematik prüfen zu lassen.

11.2. Bürgerversammlung Kannenstieg

Eingehend auf die hier aufgeworfene Frage zur Nord-Süd-Verbindung, warum im Bereich Kannenstieg kein Fahrradweg gebaut wird, kritisiert Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, die Aussage der Geschäftsführerin der MVB Frau Münster-Rendel, dass es hierfür keine Fördermittel gibt.

Er merkt an, dass seitens der Anwohner kein Verständnis aufgebracht wird, dass kein Fahrradweg gebaut werden soll.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Problematik ebenfalls prüfen zu lassen.

11.3. Neue Neustadt

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, informiert über viele gegebene Hinweise, dass die Vermüllung im o.g. Stadtteil wieder zugenommen hat.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass ihm diese Situation bekannt sei. Er informiert, dass das Büro vor Ort ab April in Betrieb genommen wird und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sich mit dessen Tätigkeit die beschriebene Situation entschärfen wird.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, zum Standort des Büros, informiert der Oberbürgermeister, dass sich dieses direkt am Moritzplatz befinden wird.

11.4. Prüfung Landesrechnungshof

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert über die Forderung des Landesrechnungshofes, die Arbeitsverträge für das Fraktionspersonal zu erhalten. Kritisch legt er dar, dass er seit vier Wochen bisher vergeblich versucht, diese Verträge zu bekommen.

Der Oberbürgermeister merkt hierzu an, dass das Prüfungsverfahren allein Angelegenheit der Fraktionen sei, in das er nicht involviert ist. Seine Beteiligung beschränkt sich lediglich auf die Teilnahme am Eröffnungsgespräch.

11.5. Baumfällaktionen

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft die Feststellung, dass eine immer stärkere Verrohung der Gesellschaft zu verzeichnen ist, und dies nicht nur verbal. Er nimmt Bezug auf die Plakataktion mit Drohungen gegenüber dem Oberbürgermeister und der Geschäftsführerin der MVB hinsichtlich der Baumfällungen im Zuge der 2. Nord-Süd-Verbindung im Bereich Kannenstieg.

Auf seine Nachfrage zum derzeitigen Sachstand in dieser Angelegenheit verkündet der Oberbürgermeister, sich hierzu erst im Stadtrat im Rahmen der beantragten Aktuellen Debatte äußern zu wollen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin